

DIE GRÜNEN

Zur Bundestagswahl 1987

Brief an unsere Wählerinnen und Wähler

Wir schreiben diesen Brief an die einzige gesellschaftliche Macht, von der wir abhängig sind: an unsere Wählerinnen und Wähler.

Wir sind abhängig von der Bereitschaft der Menschen, gründlich nachzudenken über unsere Gesellschaft, was sie uns kostet, was sie unsere Kinder und andere Völker kostet. Abhängig sind DIE GRÜNEN von der Neugier auf emanzipatorische Prozesse und von der Bereitschaft, Alternativen in der Politik mitzutragen. Wir sind abhängig davon, daß in der Bundesrepublik über die Zukunft gestritten wird.

Denn DIE GRÜNEN sind immer noch ein Zukunftsprojekt.

Immer wieder gab es in der Geschichte der Bundesrepublik, in der Anti-Atom-Bewegung der fünfziger Jahre, in der Studentenbewegung der sechziger Jahre, in den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, diesen Willen nach einer grundlegenden Demokratisierung der bundesrepublikanischen Verhältnisse. Dagegen fanden sich immer genug, die aus Mißtrauen gegen die Bevölkerung die Macht lieber in den Händen der Eliten des Parteienstaates lassen wollten.

Für die geschlossene Gesellschaft der Machtverwalter/innen war das Erscheinen der GRÜNEN auf der parlamentarischen Ebene ein Schock. Sie erfuhren die Ohnmacht, den demokratischen Willen der sozialen Bewegungen nicht länger auf sicheren außerparlamentarischen Abstand halten zu können. Die Arithmetik der Machterhaltung war gestört. Ausschlaggebend dafür war die nicht mehr wegzuleugnende ökologische Krise und die offensichtliche Unfähigkeit ihrer Bewältigung durch die traditionellen Parteiapparate. Von daher waren DIE GRÜNEN die erfolgreichste kleine Partei - erfolgreicher als wir selbst wahrhaben wollten: Seit wir im Parlament sind, grüneln alle anderen Parteien.

DIE GRÜNEN sind die erste pazifistische Partei in der Nachkriegsgeschichte. Wir wollen eine gründliche und ehrliche Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Wir nehmen die „Gnade der späteren Geburt“ für uns nicht in Anspruch; wir nehmen unsere Verletztheit mit in unsere Politik. Deswegen treten wir, gerade in diesem Land, das solche Orgien an Gewalt erlebt hat, für Gewaltfreiheit ein. Gewaltfreiheit in den innenpolitischen Auseinandersetzungen und Gewaltfreiheit als Mittel, die zerstörerische Konfrontation der Militärböcke aufzulösen und zu überwinden. Wir wollen den ersten Schritt tun durch einseitige Abrüstungsschritte. Die anderen

nennen das illusionär, wir aber stellen die Politikfähigkeit der herrschenden Abschreckungslogik in Frage, die aus Angst immer mehr Waffen braucht.

DIE GRÜNEN sind die erste emanzipatorische Partei. Eine Partei, in der die Männer lernen müssen und in der Frauen Mut kriegen, ihre eigene Sprache, ihre Erfahrungen und ihre Utopien einer nicht-patriarchalischen Gesellschaft in die Politik mit einzubringen. Wir sind die Partei, in der die Frauen nicht nur die Hälfte der Mandate innehaben, sondern in der die Frauen auch nicht mehr verfügbar sind, weder für die Gewalt von Männern noch für die Urteilssprüche von Kardinälen. Wir wissen, daß von unserer Kraft, unserer Frechheit und Listigkeit auch die Frauen der anderen Parteien und in anderen gesellschaftlichen Organisationen profitieren - und das ist uns gerade recht.

DIE GRÜNEN verstehen sich als Anwälte des Lebens. Abgesehen von den Gefahren der Atomkraft, vom Waldsterben abgesehen, vom Gift in Boden, Wasser, Luft abgesehen, von der Trauer und den Warnungen vor den Untergängen also abgesehen, haben wir tausend Vorschläge, Umbaupläne, sanfte Technologien, Auswege aufzuzeigen. Wir sind nicht die Partei der berechtigten Ängste, sondern der berechtigten Rechte und Hoffnungen auf eine andere gesunde Umwelt, die unseren Kindern Lebenschancen offen hält. Gerade nach Tschernobyl hat sich gezeigt, daß die staatlichen Instanzen und Bürokratien für die Bevölkerung unbenutzbar waren. Was wir immer ahnten, ist wahr: Denen da oben ist nicht zu trauen. Die wirklichen Überlebenskompetenzen liegen bei den Menschen selbst. Deswegen müssen Ökologen auch immer demokratische Rebellen sein, die die Entscheidungen, was, wie und für wen produziert wird, in die eigene Hand nehmen. Deswegen trifft uns die versammelte Aggression der jetzt Regierenden. Mit ihren Kampagnen gegen DIE GRÜNEN versuchen sie, die Wut gegen die Warner/innen und gegen neue Feindbilder zu lenken. Es darf ihnen nicht gelingen.

DIE GRÜNEN sind eine Partei, die den sozialen Bewegungen gehört, was die heftigste Kritik an uns und den leidenschaftlichen Streit mit einschließt. Wir fordern die vielen Bürgerinitiativen, die Friedens-, Frauen-, „Dritte Welt“- und Ökologiebewegung, die oppositionellen Bauern/Bäuerinnen und Gewerkschafter/Innen, die alten Menschen, die gegen ein unwürdiges Veraltet-Werden in sozialen Ghettos protestieren, auf, sich einzumischen, um gemeinsam die Strategien für unsere Zukunft zu erarbeiten und durchzusetzen.

DIE GRÜNEN waren immer mehr als die real-existierenden GRÜNEN. Sie sind ein Instrument für diejenigen, die in diesem Staat immer außerparlamentarisch machtlos und ohnmächtig gehalten werden sollen. Politik darf nicht den Politiker/innen überlassen werden. Sie muß verständlich sein, damit sie jede Frau und jeder Mann durchschauen kann. Wir wollen dazu beitragen, daß aus den vielen Bewegungen auch die soziale Bewegung wächst, die die Frage der sozialen Gerechtigkeit neu thematisiert und neue Formen der Solidarität entwickelt, zum Beispiel durch die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Mindestsicherung für alle.

DIE GRÜNEN sind die Partei der Menschenrechte und die der Minderheitenrechte. In ihr melden sich die zu Wort, die zu wenig Gehör finden und die ihre Freiheitsrechte einfordern. Im Zusammenleben mit Minderheiten entfaltet sich die demokratische und freiheitliche Kultur einer Gesellschaft. Wir wollen uns keine verlorene Generation, keine abgeschriebene Gruppe, keine isolierte und tabuisierte Ghetto-Existenz leisten. Dafür einzutreten erfordert immer noch Mut, gegen den Strom zu schwimmen. Das macht uns angreifbar, aber die Unangreifbaren sind es, die immer am schnellsten zu Übergriffen bereit sind.

Wir werden ihre Ratschläge nicht befolgen.

Wir melden uns in einer Zeit des politischen Umbruchs in der deutschen Politik zu Wort. Das macht unser Risiko und unsere Chance aus. Es geht entweder rückwärts in eine autoritäre Gesellschaft, oder es geht vorwärts zu einer friedlicheren, ökologischen, demokratischeren

Republik. Es ist klar: Wir wollen diese andere Republik. Deswegen wollen wir den Machtwechsel in Bonn. Die expansive Militär- und Wirtschaftspolitik der derzeitigen. Regierung, ihr stures Festhalten am Atomkurs, ihre Eingriffe in die soziale Absicherung der meisten Menschen und der Abbau schwer errungener demokratischer Rechte versperren diesen Weg.

Wie die Dinge liegen, geht unser Weg nur mit einem Bündnis von Menschen, die noch nie zusammen gemeinsam die Politik bestimmt haben: mit Arbeitenden und Arbeitslosen, mit Frauen, Männern und Jugendlichen, mit Bauern, Alten, ausländischen Mitbürgerinnen und Asylsuchenden. Wir kennen die Sprengkraft dieses Bündnisses. Wir sehen auch seine Chance: Da kämpfen Menschen gemeinsam, die bisher immer in verschiedenen gesellschaftlichen Lagern und in den Rechts/Links-Blöcken säuberlich voneinander getrennt waren. Das zwingt uns zu neuartigen Kompromissen, zum Aushalten von Widersprüchen, zu lang anhaltenden Debatten. Das bringt uns auch Erfahrungen und Kenntnisse, die für die Strategien des Überlebens unverzichtbar sind.

Ein Machtwechsel in Bonn ist in der jetzigen Situation nur bei einer Zusammenarbeit zwischen GRÜNEN und SPD möglich. Die SPD stand für eine Politik der Raketenstationierung und der NATO-Abhängigkeit, des Ausbaus der Atomenergie, des ungebrochenen industriellen Fortschrittsglaubens, der Benachteiligung der ländlichen Regionen. Sie erwies sich als die effektivste innergesellschaftliche Ordnungsmacht, und wir bekamen das zu spüren. Trotzdem meinen wir: Wenn die SPD heute ernsthaft aus dieser Politik einen Ausstieg sucht, wird es an unserer Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht fehlen - weil sie notwendig ist.

Die SPD verfolgt eine verhängnisvolle Wahlkampfstrategie. Langfristigen Machtinteressen opfert sie die jetzigen historischen Möglichkeiten. Gelegentliche (absichtliche) Äußerungen über eine Neuauflage der Sozialliberalen oder gar der Großen Koalition und der erschreckende Mangel an innerparteilichen Debatten über andere politische Perspektiven legen die Vermutung nahe: Die SPD will 1987 gar keinen wirklichen Machtwechsel in Bonn. Wir sagen deshalb nicht nur: Die SPD kann und wird die absolute Mehrheit 1987 nicht kriegen, sondern: Sie darf die absolute Mehrheit auch nicht kriegen.

Wir aber können unsere Wählerinnen und Wähler nur aus eigener Kraft für unsere programmatischen Ziele gewinnen. Die SPD bewegt sich nur durch die Macht des Faktischen, das heißt, durch eine eigenständige GRÜNE Partei, die keine noch so kluge Wahlkampfstrategie beseitigen kann.

Wir werden, wenn das Wahlergebnis das zuläßt, der SPD Verhandlungen anbieten. Wenn mit ihr in zentralen Bereichen der Politik keine tiefgreifenden Veränderungen gegenüber der Schmidt- und Kohl-Ära vereinbart werden können, werden wir die Verantwortung für GRÜNE-Politik aus der Opposition heraus wahrnehmen.

Die Forderungen nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Abzug der Cruise Missiles und Pershing II, die für DIE GRÜNEN zentral sind, werden dabei unverzichtbar sein.

Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit wird dabei abhängig sein von der Zahl unserer Wählerinnen und Wähler, von der nachprüfaren Bereitschaft der SPD, mit uns zusammen zu arbeiten, was inner- und außerparteilichen Druck erfordert, und schließlich von unserer Verhandlungsfähigkeit und von Ergebnissen, die wir vor unseren Wählern verantworten können.

Nicht abhängig dagegen ist sie von unserer grundsätzlichen Bereitschaft, die Politik in der Bundesrepublik mitzubestimmen. Darüber haben wir längst entschieden. Dafür sind wir sogar eine Partei geworden. Mit uns und unserer inner- und außerparlamentarischen Existenz muß also

gerechnet werden. Und alle Versuche, uns von der parlamentarischen Ebene zu vertreiben, werden scheitern.

G R Ü N wächst - trotz alledem!

Ich möchte mich eingehender über das Programm und über die Arbeit der GRÜNEN informieren und hätte deshalb gerne:

Das Wahlprogramm

Das Programm zum ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft

Information zum Thema

.....

.....

Ich möchte gerne diesen Wahlaufdruck verteilen. Bitte schicken Sie mir Stück zu.

Ich möchte gerne in den GRÜNEN mitarbeiten und Mitglied werden.

Schicken Sie deshalb eine Beitrittserklärung zu.

Vorname und Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Bitte ausgefüllt einsenden an:

DIE GRÜNEN, Postfach 1422,5300, Bonn 1

oder an die für Ihr Bundesland zuständige Landesgeschäftsstelle bzw. an Ihren örtlichen Kreisverband (siehe ggf. Stempeldruck)

DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, Forststraße 93, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711 / 6106 61

DIE GRÜNEN Bayern, Christophstraße 1, 8000 München 22, Telefon 089 / 22- 74 02

DIE GRÜNEN Bremen, Am Dobben 92, 2800 Bremen 1, Telefon 0421 / 70 14 74

DIE GRÜNEN Hamburg, Bartelsstraße 30, 2000 Hamburg 6, Telefon 040 / 4 39 54 16

DIE GRÜNEN Hessen, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 69 / 73 60 94

DIE GRÜNEN Niedersachsen, Voltastraße 35, 3000 Hannover 1, Telefon 0511 / 66 43 50

DIE GRÜNEN Nordrhein-Westfalen, Volksgartenstraße 35, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 0211 / 77 50 97

DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, Kaiserstraße 29a, 6500 Mainz, Telefon 06131 / 67 85 07

DIE GRÜNEN Saarland, Eisenbahnstraße 58, 6600 Saarbrücken, Telefon 0681 / 4S 16 13

DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein, Feldstraße 77 (Hof), 2300 Kiel 1, Telefon 0431 / 8 36 51

Alternative Liste Berlin, Badensche Straße 29, 1000 Berlin 31, Telefon 030 / 8 6129 14

Herausgeber: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1